

Flüchtlingshilfeprojekt „IdeenBotschafter“ von Portal Ideengeschichte

Leid zum Zweck der Bild-Erzeugung?

Ohne furchtbare Bilder geht es nicht? Ein nachträgliches Vorwort zu Recherchen über Symbolpolitik in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Von Jörg Probst.

Selten bestätigen sich Vorfragen zu geisteswissenschaftlichen Recherchen über kulturelle und politische Aspekte der Gegenwart so überdeutlich wie am 06. März 2016 durch die Diskussionen in der ARD-Talkrunde "Anne Will" über die Chancen einer europäischen Flüchtlingspolitik.



Frauen am Grenzzaun der griechisch-mazedonischen Grenze in Idomeni, gesendet in der ARD-Talkrunde „Anne Will“ zum Thema „Flüchtlingsdrama vor dem Gipfel – ist Europa noch zu retten“ am 06.März 2016.

Die hier immer wieder thematisierten Bilder aus dem improvisierten Flüchtlingscamp an der mazedonisch-griechischen Küste in Idomeni führten zu der Äußerung des österreichischen Außenministers Sebastian Kurz: "**Ohne diese Bilder wird es nicht gehen.**"

Kurz nahm damit einen bereits am 13. Januar 2016 von ihm formulierten Gedanken zu den Perspektiven der Flüchtlingspolitik in Europa wieder auf.¹

Die Ereignisse in Idomeni machen diese Worte nachträglich zu Indizien.

Die Überlegungen Kurz' vom 06. März ähneln seinen zahlreichen Rechtfertigungen der am 24. Februar von Österreich und den Balkanstaaten vereinbarten, Griechenland überraschend mit den Konsequenzen eines Rückstaus von Flüchtlingen konfrontierenden so genannten "Schließung der Westbalkanroute". Die Worte werfen aber auch ein Licht auf die noch zu wenig problematisierten Dimensionen von Symbolpolitik in der "Flüchtlingskrise".

Immer wieder hat es in diesem Zusammenhang von führenden Politikern geheißen, "**Zeichen setzen**" zu müssen. Selbst die für Griechenland so folgenschwere, unter Umgehung der EU separat beschlossene, einseitig Tatsachen schaffende Schließung der Grenzen Österreichs und der Balkanländer am 24. Februar 2016 war von dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann noch damit erklärt worden, "**ein Gespräch in Gang setzen**" zu wollen.

Durch einen Verhandlungserfolg mit der Türkei mit Blick auf die anstehenden drei Landtagswahlen der deutschen Bevölkerung Erfolge in der Flüchtlingspolitik vorweisen und durch diese indirekte Kommunikation die Wähler in der Bundesrepublik von der AfD fernhalten zu wollen, ist auch Angela Merkel in ihrer konsequent europapolitischen Strategie nachgesagt worden.

¹ Vgl. „Es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen.“ Interview: Silke Mülherr, in: *Die Welt*, 13. Januar 2016, www.welt.de.

Die in ihrem Ausmaß neue, nicht argumentative, sondern auf Stimmungswechsel und die Umkehr von Trends wettende Symbolpolitik reagiert zu einem Teil gewiss darauf, dass in so gut wie jedem europäischen Land bestehenden national-konservativen Bewegungen wachsende Erfolge erzielen. Das Klientel dieser stark auf Emotionen setzenden polarisierenden Bewegungen ist durch Sachpolitik kaum noch zu erreichen. Symbolpolitik, und seien es politische Entschlusskraft signalisierende Bilder von Grenzzäunen, soll offenbar auch in diesen national-völkisch denkenden Schichten der Gesellschaft die Handlungsbereitschaft, d.h. die Souveränität der gewählten Regierung vermitteln.

Weil Selfies Angela Merkels mit Asylbewerbern (z.B. in einem Flüchtlingsheim in Berlin-Spandau am 10. September 2015) von Merkel-Kritikern immer wieder als „Verschuldung“ der „Flüchtlingskrise“ angesehen werden, sind Maßnahmen wie die der österreichischen Regierung aber auch als Symbolpolitik in die Richtung der Flüchtlinge zu interpretieren.



Angela Merkel, Berlin-Spandau; 10. September 2015, Foto: Bernd von Jutrczenka/ dpa; Webeintag 2015.

Am 07. März rief Europarats-Präsident Donald Tusk vor dem EU-Sondergipfel zur Flüchtlingsfrage Migranten dazu auf, sich nicht nach Europa auf den Weg zu machen. Dieses „Kommt nicht!“ war in dieser Form und wohl mit dem Kalkül, dass Migranten via Smartphone oder Internet diese Botschaft erreicht, auch von Bundesinnenminister Thomas de Maizière und noch früher von dem ungarischen Premier Victor Orban vor Kameras geäußert worden.

Mobile Endgeräte und die Informationsversorgung über soziale Medien verändern nicht nur die Informationsbeschaffung und die Kommunikation ihrer Nutzer, sondern vermutlich auch das Kalkül der Symbolpolitik.

Die Geschichte der Politischen Ikonographie geht u.a. von der Frage aus, ob man „den Bedürfnissen der Menschen näher“ kommt, „wenn man untersucht, warum sie sich sinnlich vor Augen führenden Argumentationen zugänglicher zeigen als rational ausgeklügelten Sätzen.“² Aus den Äußerungen von Sebastian Kurz vom 06. März ergibt sich, dass diese Forschungsfragen der politischen Bildforschung inzwischen zu Grundlagen der modernen Symbolpolitik geworden sind.

Die Alleingänge der österreichischen Regierung lassen auf den ersten Blick vermuten, dass Griechenland zum Zweck des Schutzes der EU-Außengrenzen „geopfert“ werden soll.

In Wahrheit, so wäre der Gedanke von Kurz über die Unverzichtbarkeit „**furchtbarer Bilder**“ weiterzudenken,³ geht es um die Opferung von Flüchtlingen zum Zweck der Erzeugung von Bildern.⁴ Wirksamer als alle appellierenden Reden europäischer Politiker, so wäre die bildwissenschaftliche Grundlage der politischen Theorie von Kurz zu deuten, sagen diese Bilder potentiellen Flüchtlinge, sich NICHT nach Europa

² Martin Warnke, „Politische Ikonographie“, in: ders., *Bildindex zur politischen Ikonographie*, Hamburg 1996, S.5-15, hier S.11.

³ Vgl. dazu kritisch: Colette M. Schmidt, „ARD-Talkshow ‚Anne Will‘: Kurz und die ‚furchtbaren Bilder‘“, in: *Der Standard*, 07. März 2016, www.derStandard.at.

⁴ Vgl. zu dieser Strategie Horst Bredekamp, „Wir sind befremdete Komplizen“. Triumphgestem, Ermächtigungsstrategien und Körperpolitik, Gespräch mit Ulrich Raulff, zuerst in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.Mai 2004, zit.n. Wiederabdruck in: *Kritische Berichte*, 1/05, S.9.

auf den Weg zu machen und sich das (vermeidbare, aber bildwirksame) Schicksal der wartenden und dahin vegetierenden Menschen von Idomeni zu ersparen.

Dass ein Bild mehr sagt als 1000 Worte, scheint in diesem Fall auch Sprachbarrieren zu überwinden. Die von Sebastian Kurz bewusst oder unbewusst⁵ kommentierte Bild- und Symbolpolitik der österreichischen Regierung würde damit auch in die politische Geschichte der „*global icons*“ gehören.⁶

Während im Zusammenhang mit der Hass-Kriminalität der PEGIDA-Bewegungen immer wieder eine „rhetorische Abrüstung“ gefordert wird,⁷ ist die eine Reduzierung von Symbolpolitik im Interesse einer intensiveren Sachpolitik noch nicht Gegenstand der Debatte.

Daher ist die weitere Erforschung von Bildern und Bilddiskursen der „Flüchtlingskrise“ als Auslotung der Symbolpolitik unter den Bedingungen digitaler Öffentlichkeit von unmittelbarer politischer Bedeutung.

Die Zusammenhänge, das zeigen die Äußerungen von Sebastian Kurz, schließen auch eine Erforschung der Wissenschafts- und Ideengeschichte der Politischen Ikonographie als politischem Instrumentarium der Informationspolitik ein.

Dr. Jörg Probst ist Kunsthistoriker und Koordinator der interdisziplinären Forschungs- und Lehrplattform „Portal Ideengeschichte“ am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

⁵ Über die versehentlichen Ausplauderungen von Details aus von der EU noch nicht verabschiedeten Papieren während dieses Talks bei „Anne Will“ vgl.: Ralf Dargent, „Ohne furchtbare Bilder geht es nicht.“, in: *Die Welt*, 07. März 2016, www.welt.de.

⁶ Vgl. aus kulturwissenschaftlicher Perspektive Lydia Haustein, *Global Icons. Globale Bildinszenierung und kulturelle Identität*, Göttingen 2008 sowie Martina Baleva, Ingeborg Reichle, Oliver Lerone Schultz (Hg.), *Image Match. Visueller Transfer, ‚Imagescapes‘ und INtervisualität in globalen Bildkulturen*, München 2012.

⁷ Zuletzt Kardinal Richard Marx über eine „*gelassenerer Debattenkultur*“ im Zusammenhang mit anonymen Morddrohungen gegen den aus dem Kongo stammenden katholischen Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende in der bei München gelegenen Gemeinde Zorneding, vgl. Andreas Glas, „Marx nennt Drohungen gegen Zornedinger Pfarrer ‚ekelhaft‘“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10. März 2016, www.sueddeutsche.de.